

Wachstum hat oberste Priorität

Christoph Leitl, der wiedergewählte Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, präsentierte sein Programm für die nächsten fünf Jahre. Aus der Krisenbekämpfung soll eine Wachstumsstrategie hervorgehen.

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des Wirtschaftsparlaments der Wirtschaftskammer Österreich präsentierte der wiedergewählte Präsident Christoph Leitl gemeinsam mit den Vizepräsidenten Christoph Matznetter, Fritz Amann und Richard Schenz die Schwerpunkte für die kommende Funktionsperiode. „Österreichs Wirtschaftsbetriebe wollen Vorläufer sein. Daher lernen wir von den Besten, um zu den Besten zu werden“, unterstrich Leitl.

Drei-Säulen Strategie

Der WKÖ-Präsident setzt auf eine wirtschaftspolitische Drei-Säulen Strategie bis 2015: Erstens sei der Standort für Unternehmer weiter zu stärken. Zweitens müsse es durch Strukturereformen zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Staatshaushaltes kommen und drittens sei qualitatives Wachstum durch Investitionen in Bildung, Wissenschaft und Forschung anzustreben: „Wir müssen von der Krisenbekämpfung



Das neu gewählte WKÖ-Präsidium, von links: Geschäftsführerin-Stellvertreter Herwig Höllinger, Vizepräsident Fritz Amann, Vizepräsidentin Renate Römer, Präsident Christoph Leitl, Vizepräsident Christoph Matznetter, Vizepräsidentin Martha Schultz, Vizepräsidenten Richard Schenz und Hans Jörg Schelling, Geschäftsführerin Anna Maria Hochhauser.

zu einer Wachstumsstrategie kommen. Nur so sind neue Arbeitsplätze zu schaffen, nur so erzielen wir die notwendigen Steuern und Abgaben“, so Leitl. Vizepräsident Christoph Matznetter betont: „In der aktuellen wirtschaftlich schwierigen Situation ist Wachstum das Entscheidende. Mit dem gemeinsam beschlossenen Arbeitsprogramm für die kommenden fünf Jahre haben wir einen Grundstein gelegt,

um alle Herausforderungen zu meistern.“

Spätestens ab Herbst werde die Budgetdiskussion einsetzen und damit werden wichtige Themen wie etwa das Auslaufen der Investitionsbegünstigung, die thermische Sanierung oder die Situation der öffentlichen Investitionen auf der Agenda stehen. Aus Sicht von Fritz Amann sind zwei Punkte aus dem Arbeitsprogramm herauszugreifen. So

musse es eine Versicherungspflicht bei Freizeitunfällen geben und über die Einführung eines Teilzeitkrankenstandes solle diskutiert werden.

Richard Schenz, Vertreter der Industrie, betonte: „Österreich ist ein Industrieland. Dabei spielen positive Rahmenbedingungen eine große Rolle. Wir müssen die Standortattraktivität weiter verbessern - eine Arbeitszeitverkürzung ist undenkbar.“ (WKÖ) ■

Schwerpunkt Lehrlinge

„Die Jugendausbildung ist der Bundessparte Gewerbe und Handwerk ein wesentliches Anliegen. Gerade jetzt, in den Ausläufern der Wirtschaftskrise, ist es für unsere 92.000 Betriebe ganz besonders wichtig, sich dem Thema der Facharbeiterausbildung zu widmen“, betonte Josef Herk, neuer Obmann der Bundessparte Gewerbe und Handwerk.

Nach aktuellen Zahlen der KMU Forschung Austria ist 2010 mit einer Erhöhung des Beschäftigtenstandes um 3,7 Prozent

zu rechnen. Um insbesondere die Situation im Bau-, Bauneben-, und Bauhilfsgewerbe zu verbessern, fordert die Sparte die Einführung eines Handwerkerbonus. Dieser sollte zeitlich befristet für 2011 und 2012 für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten eingeführt werden. Bis zu einem Höchstbetrag von 6000 Euro sollen 20 Prozent der Arbeitskosten absetzbar sein. „Für unsere Betriebe wäre dies eine wichtige Hilfestellung“, so Herk. (WKÖ) ■

Kinderbetreuung ausbauen

„Die Wirtschaft bekennt sich zur Gleichstellung von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt. Betriebe, die auch auf Frauen setzen, sind wirtschaftlich erfolgreicher“, kommentierte Anna Maria Hochhauser, Generalsekretärin der WKÖ, das Maßnahmenpaket im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Gleichbehandlung (NAP). „Der Erfolg des Aktionsplans steht und fällt mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Abbau längst überholter Berufsstereotypen“, betonte Hoch-

hauser und verwies auf jüngste Daten, wonach der Unterschied zwischen Männer- und Fraueneinkommen zwischen 2002 und 2007 von 17 auf elf Prozent, gesunken ist. „Bereits in der Schule ist eine gezielte Berufsinformation notwendig“, so Hochhauser. „An einem Ausbau der Kinderbetreuung - auch am Land und zu Randzeiten - führt kein Weg vorbei.“ Die vereinbarten Maßnahmen müssten nun rasch realisiert werden, fordert die WKÖ-Generalsekretärin. (WKÖ) ■